

# **Drei Jahre Annexion der Krim (2014-2017)**

## **Systematische Verfolgung der Krimtataren dauert an**



I AM  
CRIMEAN  
TATAR



# Impressum

## Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0  
Fax: +49 551 58028  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 9 471 400  
BLZ: 251 205 10  
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00  
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

**Text:** Sarah Reinke

**Redaktion:** Inse Geismar

**Layout:** Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

**Titelfoto:** Krimtatarin am 18. Mai 2016 auf dem Maidan in Kiew. An diesem Tag gedenkten die Krimtataren ihrer Vorfahren, die 1944 auf Befehl Stalins deportiert wurden. Auf der Krim darf dieser Gedenktag auf Anordnung der russischen Machthaber nicht mehr begangen werden. Bild: Adam Jones/Flickr CC BY-SA 2.0

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im  
Februar 2017**

## **Inhaltsverzeichnis**

|                                                                                                       |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1. EINLEITUNG</b>                                                                                  | <b>5</b>  |
| <b>2. "RUSSISCHE GESELLSCHAFT" SOLL GESCHAFFEN WERDEN</b>                                             | <b>5</b>  |
| <b>3. WEITERE VERSCHÄRFUNG VON GESETZEN IN RUSSLAND</b>                                               | <b>6</b>  |
| <b>4. INTERNATIONAL: SANKTIONEN HALTEN, INTERNATIONALE ORGANISATIONEN ERKENNEN STATUS DER KRIM AN</b> | <b>6</b>  |
| <b>5. DOKUMENTIERTE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN KRIMTATAREN IM JAHR 2016</b>                        | <b>7</b>  |
| <b>6. MONATSCHRONIK DES JAHRES 2016</b>                                                               | <b>9</b>  |
| <b>7. QUELLEN</b>                                                                                     | <b>27</b> |



## **1. Einleitung**

Im dritten Jahr unter russischer Herrschaft auf der Krim hat sich die Lage der Krimtataren und von Personen, die in Opposition zu den pro-russischen Herrschern stehen, weiter verschlechtert. Unter Unterdrückung und Verfolgung hatten neben Einzelpersonen ganz besonders die Organisationen und Institutionen zu leiden. Eklatantestes Beispiel hierfür ist das Verbot des *Medschlis*, des Selbstvertretungsorgans der Krimtataren am 26. April 2016. Der Medschlis wurde als „extremistische Organisation“ eingestuft und mit einem Verbot belegt. Der oberste Gerichtshof der Russischen Föderation bestätigte diesen Richterspruch am 29. September. Damit hat Russland die wichtigste Institution der Krimtataren zerschlagen. Betroffen sind die 33 Mitglieder des nationalen, aber auch 2.500 Mitglieder regionaler Medschlisse sowie 350 Mitglieder der Volksversammlung der Krimtataren, Kurultai, auf der traditionell der Medschlis gewählt wird. Das Verbot des Medschlis hat schon 2016 zur Strafverfolgung von Ilmi Umerov, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis, und Sulejman Kadyrow, Mitglied des Medschlis der Stadt Feodosija, geführt. Außerdem müssen zehn Medschlismitglieder, die sich nach dem Verbot getroffen hatten, Bußgeld zahlen. Dieses Verbot drückt insgesamt die Politik der pro-russischen Führung der Krim aus: Es darf keine unabhängigen politisch oder auch gesellschaftlich aktiven Institutionen geben. Wer sich politisch kritisch betätigt, begibt sich in Gefahr - auch bei kleinsten Äußerungen wie in Kommentaren auf Facebook-Seiten.

Die Krimtataren sollen durch diese repressive Politik immer stärker als „extremistisch“, „islamistisch“ und als Gefahr für den Frieden auf der Halbinsel stigmatisiert werden. Darauf deuten z.B. auch massenhafte Kontrollen von „nicht-slawisch“ aussehenden Personen etwa auf Märkten hin. Willkürliche Hausdurchsuchungen bei Krimtataren verbreiten Angst und machen Stimmung gegen die Minderheit.

## **2. „Russische“ Gesellschaft soll geschaffen werden**

Während in den ersten zwei Jahren der Besatzung der Krim die Macht konsolidiert wurde, ging es im dritten Jahr verstärkt darum, dort eine „russische“ Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehören das Singen der russischen Nationalhymne in den Schulen, die Diskriminierung von Gläubigen, die nicht der russisch-orthodoxen

Kirche Moskauer Patriarchat angehören, und auch die Verschiebung der Bevölkerungszusammensetzung. In Arbeitsämtern in ganz Russland wurden Arbeitskräfte für die Krim angeworben, besonders solche, die schon einmal in der staatlichen Verwaltung tätig waren. Auch die zunehmende Militarisierung der Krim schafft „russische“ Verhältnisse. Russland hat die Zahl seiner Soldaten in Sewastopol massiv verstärkt. Zudem wurde die Krim in den „südlichen Föderationsbezirk“ der Russischen Föderation eingegliedert. Am 18. September wurden auf der Krim Wahlen abgehalten und die gewählten Abgeordneten in die russische Duma entsandt. Auch pro-russische Aktivisten, die die Annexion unterstützen, aber zum Beispiel gegen Korruption auf der Krim demonstriert haben, wurden verhaftet. Das ist typisch für die Situation in der Russischen Föderation selbst. Jede Art von Kritik an den Machthabern wird bestraft und unterbunden.

### **3. Weitere Verschärfung von Gesetzen in Russland**

Parallel zur Besetzung der Krim und dem Krieg im Osten der Ukraine wurden in Russland selbst Gesetze etwa gegen Terror und Extremismus verschärft, die besonders gegen Kritiker und Oppositionelle eingesetzt werden. In Russland ist es unmöglich sich öffentlich gegen die Annexion und für die rechtmäßige Rückkehr der Krim in das Staatsgebiet der Ukraine einzutreten. Das wird als „Verletzung der territorialen Einheit der Russischen Föderation“ interpretiert und bestraft.

### **4. International: Sanktionen halten, internationale Organisationen erkennen Status der Krim an**

Die Krim war regelmäßig Thema in den internationalen Organisationen wie der OSZE, dem Europarat und der UN. Die EU-Sanktionen gegen Russland halten bislang, obwohl immer wieder einzelne Politiker und Staaten für die Aufhebung dieser Strafmaßnahme eintreten. Die ukrainische Regierung hat sich international erfolgreich für Erklärungen und Resolutionen eingesetzt, die einerseits die Menschenrechtslage auf der Krim kritisieren und andererseits auch den Status der Krim als „besetztes Territorium“ anerkennen. Relativ erfolgreich war auch die ukrainische Politik des Gefangenenaustauschs. So kam 2016 die prominente ukrainische Kampfpilotin und Parlamentarierin Nadja Sawchenko frei genauso wie Gennadi Afanasiew.

## **5. Dokumentierte Menschenrechtsverletzungen an Krimtataren im Jahr 2016**

Auf der Krim leben rund 2,5 Millionen Menschen. 60.000 sollen seit 2014 die Krim verlassen haben, darunter 30.000 Krimtataren. Nach Schätzungen leben heute rund 280.000 Krimtataren auf der Halbinsel. Sie hatten sich offen und von Beginn an gegen die Annexion durch Russland ausgesprochen und dagegen protestiert. Wohl auch deswegen beobachten Geheimdienst und Polizei die Krimtataren systematisch, durchsuchen ihre Häuser, Moscheen, strengen gegen sie illegale Gerichtsverfahren an, die in keiner Weise internationalen Standards genügen. Die wichtigsten politischen Sprecher der Krimtataren, wie Mustafa Dschemilew oder Refat Tschubarow, dürfen nicht mehr auf die Krim einreisen. Sie versuchen genauso wie etliche andere, von der Festlandukraine aus dafür einzutreten, dass die Menschenrechtsverletzungen gegen Krimtataren beendet und die Krim wieder an die Ukraine zurückgegeben wird. 2016 wurden weitere politisch aktive Krimtataren unschuldig verhaftet oder wie im Fall des Menschenrechtlers Erwin Ibragimow, entführt.

### ***Drei Fälle von Verschwindenlassen***

11. Februar 2016 Marsel Aliautdonov

11. April 2016 Arsen Aliev

24. Mai 2016 Ervin Ibragimov

### ***Sechs Haftstrafen wurden verhängt***

Rustem Vaitov, fünf Jahre,

Ruslan Zeitullaev, sieben Jahre

Nuri Primov, fünf Jahre

Ferat Seifullaev, fünf Jahre

Diese vier Personen wurden im so genannten „Hizbut Tahrir“ Fall verurteilt. Hier geht es um eine Gruppe junger Männer, die der in Russland verbotenen, aber in der Ukraine legalen muslimischen Organisation „Hibut Tahrir“ angehören sollen. Der Prozess entsprach in keiner Weise internationalen Standards und selbst die Zugehörigkeit zu der Organisation konnte nicht belegt werden.

Andrei Kolomiets, zehn Jahre. Die renommierte russische Menschenrechtsorganisation *Memorial* erkannte Kolomiets als politischen Häftling an. Er selbst ist Ukrainer und soll während der Maidan-Proteste zwei Angehörige der

ukrainischen Spezialeinheit Berkut angegriffen und mit Drogen gehandelt haben. Nach seiner Festnahme im Mai 2015 wurde er schwer gefoltert und die Beweise gegen ihn wurden gefälscht. Juristisch gesehen müsste Kolomiets, wenn er tatsächlich ein Verbrechen begangen haben sollte, in der Ukraine einen Prozess bekommen.

Maxim Filatov, sechs Jahre. Filatov, ein Ukrainer, war wegen Terrorismus angeklagt.

***In 32 Fällen wurden Strafanzeige erstattet und neue Strafverfahren eingeleitet.***

Drei Personen sind seit 2015 in Haft, ohne dass ein Urteil gesprochen wurde. Es handelt sich um Männer, die an der Demonstration am 26.2.2014 in Simferopol teilgenommen hatten. Damals hatten sich Tausende Krimtataren versammelt, um gegen eine bevorstehende Machtübernahme durch Russland zu protestieren. Es gab zwei Todesfälle, wobei eine Person an einem Herzinfarkt gestorben ist und bei der zweiten Person die Todesursache nicht geklärt wurde. Gegen die drei Angeklagten Achtem Chijgoz, Ali Asanov und Mustafa Degermendzhi liegen keinerlei Beweise vor, dass sie mit diesen Todesfällen etwas zu tun gehabt hätten. Achtem Chijgoz war einer der stellvertretenden Medschlis-Präsidenten. Es gibt Videoaufzeichnungen, auf denen zu sehen ist, wie er Menschen während dieser Demonstration beruhigt und für Ordnung sorgt.

***Sieben Personen wurden gezwungen, sich einer psychiatrischen Untersuchung zu unterziehen,*** darunter der prominente krimtatarische Bürgerrechtler Ilmi Umerov.

***Mehr als 177 Personen wurden zeitweise festgenommen*** und erkenntnisdienstlich behandelt. Nach Angaben von Krimtataren waren in über 90 Prozent der Fälle Krimtataren betroffen. Sie haben Angst, dass ihre Daten, wie Fingerabdrücke, Fotos etc. eventuell für spätere Strafverfahren verwendet werden könnte.

***Mehr als 50 Mal durchsuchten*** Beamten des Geheimdienstes und der Polizei Häuser, Wohnungen, Moscheen und andere Gebäude zumeist von Krimtataren.



## **6. Monats-Chronik des Jahres 2016**

In dieser Chronik dokumentieren wir die wichtigsten Fälle, sie erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mehr Informationen zu den einzelnen Monaten haben wir in unserem Blog <https://gfbvberlin.wordpress.com/ukraine-russland-chronik/> veröffentlicht.

### **Januar 2016**

#### ***Verfolgung auf der Krim***

Am 21. Januar veröffentlichte das Gericht in Simferopol einen „Haftbefehl“ gegen den Abgeordneten des ukrainischen Parlamentes und Beauftragten des ukrainischen Präsidenten für die Angelegenheiten der Krimtataren, Mustafa Dschemilew. Er würde sich der Ermittlung entziehen und vor dem Gericht verstecken. Dschemilew darf seit fast zwei Jahren nicht mehr nach Russland und auf die Krim einreisen. Das Gericht setzte seinen Namen auf die nationale russische Fahndungsliste.

Am Abend des 23. Januar wurde Muedin Alvapuv in Alupka festgenommen. Um 19 Uhr waren bewaffnete Polizisten ins Haus seiner Familie eingedrungen, hatten die Räume durchsucht, seine Computer konfisziert, den Koran und eines der Fahrzeuge der Familie mitgenommen. Familienmitglieder hatten immer wieder an zivilgesellschaftlichen Protesten und Aktionen teilgenommen.

#### ***Verfolgung in Russland***

Am 12. Januar veröffentlichte die ukrainische Aktivistin Oleksandra Matviychuk eine Liste von mehr als 40 Personen, die in Russland wegen ihrer Proteste gegen die russische Ukraine-Politik verfolgt werden. Unter den Betroffenen sind Blogger, Einzeldemonstranten, Organisatoren von friedlichen Versammlungen, ein Lehrer, der ein Protestgedicht geschrieben hat, Journalisten, die die Todesfälle von russischen Soldaten im Osten der Ukraine untersuchten, oder andere Personen wie jene, die Sowjetdenkmäler mit den Farben der ukrainischen Flagge bemalten. Manche von ihnen stehen wegen ihres Engagements vor Gericht. Es drohen langjährige Haftstrafen.

#### ***International***

Ab dem 21. Januar befindet sich eine Mission des Europarates auf der Krim. „Auf der Krim leben mehr als 2,5 Millionen Menschen, für die allesamt die Europäische

Menschenrechtskonvention gilt und von der sie auch profitieren sollten. Allerdings ist es seit mehr als einem Jahr eine Tatsache, dass keine Delegation einer internationalen Organisation auf die Halbinsel reisen konnte“, sagt Jagland, Generalsekretär des Europarates. Das Mandat der Mission deckt alle großen Menschenrechtsthemen ab, einschließlich Meinungs- und Medienfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Rechte von Minderheiten, lokale und Selbstverwaltung, Kampf gegen Korruption und Haftbedingungen.

## Februar 2016

### *Verfolgung auf der Krim*

In der Nacht vom 6. auf den 7. Februar wurde das **Gebäude des Medschlis** im südukrainischen Cherson mit Granaten angegriffen, teilte die lokale Polizei mit, die den Anschlag als „Terrorakt“ qualifizierte und eine Untersuchung begann. Die Tür des Gebäudes wurde herausgerissen, aber niemand verletzt.

Am 2. Februar wurde das Haus der Tochter von **Mustafa Dschemilew, Elzara Adulzhelilova**, durchsucht. Ihr Sohn Erol, also der Enkel Dschemilews, sollte mitkommen zu einem „Gespräch“. Doch nach einer kurzen telefonischen Rücksprache mit ihrem Anwalt verweigerte die Familie das. Einer der Beamten soll gesagt haben, dass sie dann eben einen anderen Weg finden würden, um die Verwandten Dschemilews unter Druck zu setzen. Erst im Januar war Safinar, die Ehefrau Dschemilews, die noch auf der Krim lebt, vom Geheimdienst befragt worden. Anfang Februar wurden Häuser der Krimtataren im Bezirk Dzhankow durchsucht.

Am 1. Februar wurde das Hauptgebäude des Unternehmens SimSitiTrans, das dem Vater des Vizepräsidenten des Weltkongresses der Krimtataren, **Lenur Islyamov**, gehört, durchsucht.

Am 11. und 12. Februar wurden zwölf Krimtataren bei Hausdurchsuchungen zeitweise festgenommen, vier von ihnen mussten bis zum 8. April in Haft bleiben. Es handelte sich um **Muslim Aliev, Enver Bekirov, Emir-Huseyn Kuku und Vadim Siruk**. Sie alle sollen Bürgerrechtsaktivisten sein. Besonders Kuku ist bekannt für seine Tätigkeit als Mitglied der Kontaktgruppe Menschenrechte Krim und war schon mehrmals deswegen vom Geheimdienst befragt und kurzzeitig festgehalten worden.

Am 15. Februar beantragte die de facto Staatsanwältin der Krim, Natalja Poklonskaja, beim Obersten Gericht die **Schließung des Medschlis**, den sie

anklagt, eine „extremistische Organisation“ zu sein. Der Medschlis hat die Annexion der Krim an Russland immer abgelehnt und spielt eine wichtige Rolle bei allen Maßnahmen zum Schutz der Krimtataren. Seit der Annexion werden der Medschlis als Organisation sowie seine Mitglieder systematisch verfolgt. Der Medschlis wurde 1991 gegründet und ist seit 1999 in der Ukraine als politische Selbstvertretung der Krimtataren anerkannt.

### ***Verfolgung in Russland***

Genadii Afanasjew, Ukrainer von der Krim, der im Gefängnis eine Haftstrafe von sieben Jahren verbüßen muss, bekommt dort keine dringend notwendige medizinische Versorgung, berichtet am 17. Februar sein Anwalt Oleksandr Popkov. Afanasjew wurde aus Südrussland nach Syktyvkar verlegt. „Die Reise nach Syktyvkar war lang, es gab keine Dusche, es war kalt, schmutzig“, so der Anwalt. Sein Mandant leide unter einer Sepsis. Nach seiner Ankunft wurde Afanasjew in ein Krankenhaus gebracht, die Ärzte dort aber schickten ihn wieder zurück ins Gefängnis.

### ***International***

Am 4. Februar verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in der die Menschenrechtsverletzungen auf der Krim und besonders die Verfolgung der Krimtataren verurteilt werden. Der Europarat verurteilte die Verhaftung von zwölf Krimtataren nach den Hausdurchsuchungen am 11. und 12. Februar. „Wir verurteilen auch die Ankündigung eines Verbots des Medschlis, des krimtatarischen Parlamentes“, sagte der Presseattaché, David Stulik.

Hans van Baalen, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Volkspartei für Freiheit und Demokratie, sagte, die Behörden auf der Krim wollten die Identität der Krimtataren zerstören.

## **März 2016**

### **Verfolgung auf der Krim**

Im Dorf Voinka wurde am 3. März das Haus des örtlichen muslimischen Geistlichen durchsucht. Am 15. März wurde das Haus des Krimtataren Arsen Abdurashitov im Dorf Schebetivka, Bezirk Feodosia durchsucht. Die Sicherheitskräfte (drei Bewaffnete und drei Männer in Zivil) kamen um 13 Uhr an

und verließen das Haus um 15 Uhr. Es wurde nichts konfisziert und niemand verhaftet.

Am 22. März durchsuchten russische Sicherheitsbeamte drei Häuser von Delegierten des krimtatarischen Kurultai (Volksversammlung): Shevket Usmanov, Remzi Muratov und Uchukun Devletshaev. Devletshaev war bei der Arbeit. Die Polizisten verboten seiner Frau, jemandem während der Hausdurchsuchung anzurufen.

Am 23. März hat die Stadtverwaltung Sudaks die Entscheidung getroffen, sechs Häuser von Krimtataren abzureißen. Das Grundstück, auf dem die Häuser im Jahr 2000 errichtet worden waren, hatten die Hausbesitzer von einem Geschäftsmann gepachtet. Nach der Annexion hat die Stadt entschieden, diese Pacht zu beenden und die Häuser abzureißen. Außerdem wurden viele Läden, die dem Krimtataren Ilver Ametov gehören, in Sudak niedergerissen.

Die Bewohner der Krim müssen ihre bislang ukrainischen Autokennzeichen in „russische“ von der Krim wechseln. Dafür wird ihnen eine Frist bis zum 1. April gegeben. Vor der Stelle zur „Re-Registrierung“ entstanden lange Autoschlangen. Autos mit den neuen Kennzeichen ist die Einreise in die Festlandukraine verboten. Das führte dazu, dass viele Autofahrer ihre Wagen in der Ukraine, z.B. in der Stadt des neuen Grenzübergangs, Kherson, zu verkaufen versuchten.

### ***International***

Mustafa Dschemilew trat vor einer Delegation des UN Weltsicherheitsrates in Genf auf. Dort betonte er, dass auf der Krim besonders die Krimtataren von Verfolgung betroffen seien. „Von 200 Hausdurchsuchungen in der letzten Zeit, fanden 95 Prozent bei Krimtataren statt“, betonte er.

## **April 2016**

### ***Verfolgung auf der Krim***

Am 1. April wurden im Dorf Pionerskoye **35 Krimtataren festgenommen**. Die Festnahmen führten maskierte Bewaffnete durch. Die Festgenommenen wurden mit einem Bus zum „Zentrum für den Kampf gegen den Extremismus“ transportiert. Als Grund für die Festnahme wurde „vorbeugende Bearbeitung“

genannt. Die Festgenommenen mussten ihre Fingerabdrücke und Speichelproben abgeben. Nach vier Stunden wurden sie wieder frei gelassen.

Am 7. April versammelten Mitarbeiter der Polizei in Simferopol Marktverkäufer und brachten sie zum Zentrum für den Kampf gegen den Extremismus. Den Festgenommenen wurden Fingerabdrücke abgenommen. Nach den Berichten des Anwalts Jian Zapruta waren die Betroffenen aufgrund ihrer Hautfarbe ausgewählt worden, d.h. alle, die „nicht-slawisch“ aussahen, mussten mitkommen. Dem Anwalt wurde verboten, die Marktverkäufer zu sehen.

Am 18. April wurden Häuser von Krimtataren in Krasnokamenka durchgesucht. Zwei junge Krimtataren wurden festgenommen. Die Gründe für die Festnahmen und die Hausdurchsuchungen sind unbekannt. **Refat Alimow** und **Arsen Dzheparow** wurden von OMON-Spezialkräften verhaftet. Die pro-russische Staatsanwältin der Krim beschuldigte sie, Mitglieder der in Russland verbotenen muslimischen Organisation *Hizb ut Tahrir* zu sein. Ihre Familien wiesen diesen Vorwurf zurück. Allein eine eventuelle Mitgliedschaft bei Hizb ut Tahrir könnte dazu führen, dass die jungen Männer, die beide Anfang zwanzig sind, zu bis zu zehn Jahren ins Gefängnis müssen. Vorerst müssen beide für zwei Monate in Haft. Es ist nicht davon auszugehen, dass sie vor ihrem Gerichtstermin nochmals frei kommen. Im gleichen Ort wurden bereits im Februar zwölf krimtatarische Häuser durchgesucht. Vier der dabei festgenommenen jungen Männer sind wegen derselben Anschuldigung gleichfalls in Haft.

Am 19. April durchsuchten die Sicherheitskräfte auf der Krim parallel sieben Häuser und Wohnungen, fünf davon in Simferopol und jeweils eine in Jalta und Sewastopol. Es handelte sich um Wohnungen von **Journalisten**, unter ihnen Ruslan Ljumanov, Semen Michailovic und der Bildjournalist Lenjard Abibulaev. Der Geheimdienst FSB klagte **Mykola Semena**, einen bekannten Journalisten der Nachrichtenwebseite „Krim Realii“, wegen extremistischer Tätigkeiten an. Ein Grund dafür war einen Artikel über die Blockade der Krim, die „extremistische Aussagen“ enthalte und deswegen „die territoriale Einheit Russlands“ kompromittiere. Die Redaktion von „Krim Realii“ befindet sich in der Festlandukraine. Die Journalisten arbeiten geheim auf der Krim. Die pro-russische Staatsanwältin der Krim hat bestätigt, dass Computer und anderes technisches Gerät der Journalisten bei den Hausdurchsuchungen konfisziert wurden.

Am 26. April wurde der krimtatarische Medschlis trotz vieler internationaler Proteste als „extremistische Organisation“ verboten. Alle Aktivitäten der Organisation sind damit untersagt. Das Verbot betrifft auch alle regionalen



Ableger des Medschlis. Mehrere Tausend Mitglieder des zentralen und 2.500 Mitglieder der regionalen Medschlisse sowie jeder, der die Organisation unterstützt oder sie kontaktiert, besonders Krimtataren, die sich für ihre Rechte einsetzen wollen, können angeklagt und mit Strafen belegt werden.

### ***Verfolgung in Russland***

Vier NGOs sollen nach dem Willen des russischen Justizministeriums und des Innenministeriums auf die Liste der „unerwünschten Organisationen“ gesetzt werden. Gerade würden folgende Organisationen überprüft: der „Weltkongress der Ukrainer“, der „Ukrainische Koordinationsrat“ und die „Feldmission Menschenrechte Krim“ sowie das „Internationale republikanische Institut“, dessen Vorsitzender der US-Senator John McCain ist. Bislang stehen fünf Namen auf dieser Liste, die es seit Sommer 2015 gibt: National Endowment for Democracy, OSI Assistance Foundation, Open Society Stiftung, die US-russische Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und Rechtssicherheit sowie das Nationaldemokratische Institut für internationale Angelegenheiten. Die Organisationen auf der Liste müssen ihre Niederlassungen in Russland schließen, dürfen keine öffentlichen Veranstaltungen mehr durchführen, kein Werbematerial verteilen. Mitarbeiter können strafrechtlich verfolgt werden und die Leiter der Organisationen können bis zu sechs Jahre in Haft genommen werden.

### ***International***

Am 11. April fand in Vilnius eine Tagung zum Thema „Menschenrechtsverbrechen auf der okkupierten Krim“ statt. Die Tagung wurde im Rahmen der Volkssammlung der Krimtataren organisiert. Außerdem sprach die litauische Präsidentin Dalia Gribauskaitė mit dem Bevollmächtigten für die Fragen der Krimtataren des Präsidenten der Ukraine, Mustafa Dschemilew, und dem Vorsitzenden des Medschlis, Refat Tschubarow. Sie äußerte sich besorgt über die Militarisierung der Krim. Denn die litauische Regierung fürchtet, dass diese zu einer Destabilisierung der Region führt. Litauen unterstützt die Krimtataren und verurteilt die unrechtmäßige Annexion der Krim.

## Mai 2016

### *Verfolgung auf der Krim*

Am 6. Mai wurden im Dorf Molodioznoe mehr als **100 muslimische Krimtataren** nach dem Freitagsgebets in der Moschee festgenommen. Unter ihnen Muslimen hätten sich Personen aus dem Nordkaukasus befunden, die sich illegal auf der Krim aufhielten, wurden die zahlreichen Festnahmen wurden begründet. Da die für den Einsatz bereit gestellten Busse nicht für den Transport so vieler Personen reichten, wurde angeordnet, dass die restlichen Verdächtigen selbst zum örtlichen Polizeirevier kommen sollten.

Am 7. Mai wurden **25 Krimtataren** auf dem zentralen Markt in Jalta festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Am 10. Mai wurden massenhaft Krimtataren auf dem Ai-Petri Markt kontrolliert. Am 12. Mai wurden die vier Krimtataren **Zevri Abseitov, Remzi Memetov, Rustem Abiltarov und Enver Mamutov festgenommen**. Das Café „Caravan-sarai Salachik“ wurde von Bewaffneten durchsucht. Zwei Busse mit Polizisten waren vor dem Café vorgefahren. Die pro-russische Staatsanwältin der Krim, Natalia Poklonska gab gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS an, die Durchsuchungen hätten im Zusammenhang mit dem „Hizb ut-Tahrir-Fall“ stattgefunden.

Am 12. Mai wurde Klage gegen **Ilmi Umerov** erhoben. Er ist einer der stellvertretenden Präsidenten des Medschlis. Ihm wird vorgeworfen angeklagt, öffentlich in einem Interview zur „Verletzung der territorialen Integrität der Russischen Föderation“ aufgerufen zu haben.

Am 18. Mai begann das Verfahren gegen vier die Krimtataren **Ruslan Zeitullajev, Rustem Vaitov, Nuri Primov und Ferat Saifullajev**, die wegen ihrer vermutlichen Zugehörigkeit zu der in Russland verbotenen Organisation Hizb ut Tahrir angeklagt wurden. Sie wurden nach Rostov am Don überstellt. Dort soll das Verfahren am 1. Juni fortgesetzt werden. Drei der vier Männer befinden sich schon seit Januar 2015 in Haft, nur Ferat Saifullajev wurde erst Anfang April festgenommen. Alle sind unter Artikel 205 § 5 des russischen Strafgesetzbuches angeklagt (Organisation oder Teilnahme an einer terroristischen Organisation). Der 29-jährige Zeitullajev ist Vater von drei kleinen Kindern. Ihm wird vorgeworfen, eine terroristische Organisation aufgebaut zu haben. Deshalb drohen ihm bis zu 15 Jahre Haft. Die anderen Gefangenen könnten bis zu zehn Jahre hinter Gitter kommen. Offenbar gibt es jedoch nicht einmal einen Beweis dafür, dass die vier

Männer überhaupt Mitglieder von Hizbut Tahrir sind. Auch die Anwälte sehen dafür keinerlei Belege.

Am 26. Mai wurden die Wohnungen von **Timur Osmanov, Hayser Chalilow und Arthur Haltaev** in Kamenka (Bezirk Simferopol) durchsucht. Die drei Männer wurden bis in die Nacht im „Zentrum für den Kampf gegen den Extremismus“ festgehalten.

Am 25. Mai wurde **Ervin Ibragimov** entführt. Er ist Mitglied des Weltkongresses der Krimtataren und Mitglied des regionalen Medschlis von Bachtschissarai.

### ***International***

Am 14. Mai gewann die Krimtatarin Jamala mit ihrem Lied „1944“ den Eurovision Song Contest in Stockholm für die Ukraine. Das russische Staatsfernsehen kritisierte sofort, Jamala habe durch die Punkte der Jury gewonnen und nicht durch das Votum des Publikums. Die Sprecherin des russischen Außenministerium Maria Sacharowa sagte sogar, wer im nächsten Jahr gewinnen wolle, der solle ein Lied über den syrischen Machthaber Assad dichten: „Assad ist blutig, Assad ist der Schlimmste. Gebt uns den Preis, damit wir den Wettbewerb gewinnen.“

## **Juni 2016**

### ***Verfolgung auf der Krim***

Das Gericht in Simferopol hat **Andreii Kolomiets am 20. Juni** wegen versuchten Mordes an zwei Mitarbeitern der Spezialeinheit „Berkut“ in Kiew sowie wegen der Lagerung von Drogen zu zehn Jahren Haft verurteilt. Menschenrechtsverteidiger und Juristen werfen dem Gericht die Fälschung von Beweisen und ein unfaires Verfahren vor. Der Verurteilte ist Ukrainer, hat angeblich in der Ukraine eine Straftat gegen andere Ukrainer begangen. Daher ist es nicht legal, dass er nun von einem russischen Gericht verurteilt wurde. Kolomiyets hatte an den Euromaidan Protesten in Kiew teilgenommen.

Die Behörden auf der Krim üben weiter Druck auf die ukrainische orthodoxe Kirche Kiewer Patriarchat aus. So musste sie eine hohe Geldstrafe bezahlen und einige ihrer Kirchengebäude aufgeben. Der **Erzbischof von Simferopol und der**

**Krim, Clement**, klagte über seit der Annexion andauernden Druck bis hin zu Todesdrohungen.

Die Untersuchungshaft für **Refat Dzhapparov** und **Arsem Alimov**, zwei Angeklagte im so genannten „Hizbut-Tahrir“-Fall, wurde bis zum 8. September verlängert. Auch **Achtem Chijgoz**, der frühere Vizepräsident des Medschlis, ist weiter in Haft. Seine Frau Elmira berichtete, dass Unbekannte in ihr Haus eingedrungen seien und sie Angst um ihr Leben habe. Es gibt weiter keine Nachrichten zum Verbleib von **Ervin Ibragimov**.

### ***Verfolgung in Russland***

**Natalja Scharina**, die frühere Leiterin der Moskauer Bibliothek für ukrainische Literatur, befindet sich seit sieben Monaten unter Hausarrest. Nun kam ein Experte im Auftrag des Gerichts nach einer „psycholinguistischen“ Untersuchung von 24 Büchern zu dem Schluss, dass 22 von ihnen „extremistisch“ seien, darunter die Kinderzeitschrift „Barvinok“. Scharina war nach einer Hausdurchsuchung unter Artikel 282, § 2b des russischen Strafgesetzbuches (Verursachen von nationalem Hass, untergraben der menschlichen Würde) angeklagt worden.

Am 13. Juni wurde Ilja **Ponomarjow**, der einzige Abgeordnete der Duma, der gegen die Annexion der Krim gestimmt hatte, aus dem russischen Unterhaus ausgeschlossen. 413 Abgeordnete votierten für den Ausschluss, nur drei dagegen.

### ***International***

Am 2. Juni entschied die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments, dass Europaparlamentarier wieder Kontakt zu ihren Kollegen in der russischen Duma aufnehmen können. Nach der Annexion der Krim hatte das Europäische Parlament diese Kontakte abgebrochen. Ein EU-Parlamentarier soll zur Konferenz der Parlamentarier der Arktis, die vom 14.-16. Juni in Russland stattfindet, entsandt werden. Duma-Abgeordnete sollen auch zu einer Konferenz in Brüssel über die im September bevorstehenden Wahlen in Russland eingeladen werden.

## Juli 2016

### *Verfolgung auf der Krim*

Die Gerichtsverfahren gegen Krimtataren, die beschuldigt werden, der Organisation „Hizbut-Tahrir“ anzugehören, dauern an. Die Haft für **Enver Mamutov, Remzi Memetov und Zevri Abseitov** sowie **Rustem Abiltarov**, die im Mai verhaftet worden waren, wurde verlängert und damit der Antrag ihres Anwalts auf Entlassung aus der Untersuchungshaft abgelehnt.

Obwohl der 7. Juli ein muslimischer Feiertag war, wurde das Dorf Ilichewo im Bezirk Leninski an dem Tag von russischen Sicherheitskräften für eine „Anti-Terror Übung“ abgeriegelt. Am 20. Juli wurde das Verfahren im Fall „26. Februar“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgesetzt.

22 Bewohner der Krim wurden in die russische Liste der „Terroristen und Extremisten“ aufgenommen. Unter ihnen der Regisseur **Oleg Sentsov, Aleksandr Kolchenko, Alexej Chernyj**, der Blogger **Juri Ilchenko**, die Journalistin **Anna Andrievska** und andere Staatsangehörige der Ukraine.

Der Oberste Gerichtshof auf der Krim beginnt wieder mit Verhören der krimtatarischen Politiker und Führer **Akhtem Chijgoz, Ali Asanov und Mustafa Degermendzhy**. Die drei befinden sich bereits seit über einem Jahr in Haft aufgrund einer Demonstration gegen die Annexion. Deshalb sind noch drei andere Krimtataren angeklagt, die nicht in Haft sind. Chijgoz' Verfahren soll separat geführt werden, da ihm als Organisator der Demonstration gegenüber andere Anschuldigungen erhoben werden. Um die öffentliche Aufmerksamkeit möglichst gering zu halten, hat der Staatsanwalt beantragt, das Verhör von Chijgoz per Video aus dem Gefängnis führen zu lassen. Dies diene angeblich seiner Sicherheit. Dem Antrag wurde, wie meistens, stattgegeben. So durften weder seine Familie noch Freunde oder andere Krimtataren, die Chijgoz unterstützen wollen, der Verhandlung beiwohnen.

Am 26.7.2016 wurde die Anzahl der Versammlungsplätze auf der Krim von den russischen Behörden von 717 auf 366 verringert. Schon seit der Annexion werden traditionelle Versammlungen etwa zum Tag der krimtatarischen Flagge oder dem Gedenktag an die Deportation der Krimtataren verboten.

### ***Verfolgung in Russland***

Am 1. Juli wandte sich der Verband der Journalisten der Ukraine an die russischen Behörden und bat darum, den Journalisten **Mykola Semena** von der Krim auf die Festlandukraine zu verlegen. Der Verband bat auch den russischen Journalistenverband, die Medienbeauftragte der OSZE und die internationale Föderation der Journalisten um Unterstützung für Semena. Die pro-russische Staatsanwältin der Krim hatte Semena, einen der wichtigsten und dienstältesten Journalisten der Halbinsel, am 19. April des „Separatismus“ beschuldigt.

Am 20. Juli trat das von Präsident Putin unterschriebene, sogenannte Gegenterrorismusgesetz in Kraft. Dieses hat schwerwiegende Folgen für die Menschenrechtssituation auf der Krim und in Russland. Damit werden mehr Aktivitäten unter Extremismus und Terrorismus fallen, es wird generell härtere Strafen und mehr Verurteilungen geben. Das Gesetz verpflichtet russische Mobilfunkanbieter und Internet-Provider dazu, die Inhalte aller Telefonate sowie alle Nachrichten, Bilder und Videos, die Nutzer austauschen, sechs Monate lang zu speichern. Dem russischen Geheimdienst müssen jederzeit Zugriff auf diese Daten gewährt werden. Metadaten sollen drei Jahre lang gespeichert werden. Der Geheimdienst soll Zugang zu verschlüsselter Kommunikation erhalten. Ob eine technische Umsetzung möglich ist, bleibt offen.

### ***International***

Am 6. Juni trafen Refat Tschubarow, der Präsident des krimtatarischen Medschlis, und Mustafa Dschemilew, der Beauftragte des ukrainischen Präsidenten für die Krimtataren, den polnischen Präsidenten Duda. Inhaltlich soll die Situation auf der Krim und Möglichkeiten für junge Krimtataren, in Polen zu studieren, besprochen worden sein. 2014 hatte Mustafa Dschemilew eine der höchsten Auszeichnungen Polens, die „Prämie der Solidarnosc“ erhalten.

Am 14. Juni äußerte sich die OSZE besorgt über die *russische „Liste der Terroristen und Extremisten“*. Die OSZE Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatovic sagte, diese Liste könne Journalisten in Gefahr bringen.



## August 2016

### *Verfolgung auf der Krim*

Am 02. August begann die Verhandlung gegen **Zeytullaev** und drei weiteren Angeklagten, die bereits seit Winter 2015 in Haft sitzen.

Am 04. August wurde in die Räumlichkeiten des Büros von zwei Anwälten in Simferopol eingebrochen, während diese sich in Rostov-on-Don aufhielten. Einer der Betroffenen ist **Emil Kurbedinov**. Er vertritt viele krimtatarische Gefangene und Krimtataren, die Opfer von Rechtlosigkeit werden.

**Ruslan Zeytullaev**, angeklagt Verbindungen zur Organisation "Hizbut-Tahrir" zu haben, wird seit am 4. August bereits fünf Tage in Einzelhaft. Grund hierfür sei, dass er sich weigerte, sich komplett für eine Inspektion ausziehen. Für ihn wäre dies eine Verletzung sowohl seiner Würde und Ehre als auch der Grundsätze des Islams.

Am 06. August fand eine **Hausdurchsuchung bei Refat Mazalov** in Bachtschissarai statt.

Am 11. August entschied das zuständige Gericht, dass der krimtatarische Rechtsanwalt **Emil Kurbedinov** den Vizepräsidenten des Medschlis Akhtem Chygoz nicht mehr verteidigen darf.

Am 11. August wurde der zweite Vizepräsident des Medschlis, Ilmi Umerov, aufgrund eines Gerichtsentscheids ins Krankenhaus gebracht. Am 18. August wurde er für einen Monat gegen seinen Willen in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Dort musste er sich Tests unterziehen. Umerovs Gesundheitszustand war schlecht. Er ist herzkrank und leidet an Diabetes. Seine Medikamente durfte er in der Psychiatrie nicht weiter nehmen.

Am 24. August durchsuchte der FSB das Haus des Krimtataren **Riza Muslimov**. Dort wurde religiöse Literatur gefunden. Muslimov musste sich einem Drogentest unterziehen.

### *Verfolgung in Russland*

Der ukrainische Gefangene **Oleksandr Kolchenko** ist bereits seit vier Tagen in einer speziellen Strafzelle, da er gegen die Kleiderregeln des Gefängnisses verstoßen haben soll, wurde am 26.8.2016 bekannt. Dem ukrainischen Konsul wurde der Besuch des politischen Gefangenen verweigert. Ebenso berichteten

Menschenrechtsaktivisten, dass Kolchenko bereits seit zwei Monaten keine Briefe und Informationen erhalten habe.

## September 2016

### *Verfolgung auf der Krim*

Am 2. September wurde das Haus der Internetjournalistin **Elmaz Aduvelieva** durchsucht, am 6. September die Moschee in Simferopol, am 14. September das Haus des lokalen Medschlispräsidenten **Enver Aljadonov** und seines Vater im Dorf Grischino, am 28. September die Räumlichkeiten von **Izet Gdanov** und **Dilara Misiratova**, deren Söhne auf Seiten der Ukraine im Osten des Landes kämpfen. Eine Frau wurde mehrere Stunden auf der Polizeiwache festgehalten.

Am 7. September wurde **Ilmi Umerov** aus der Psychiatrie entlassen. Die Ermittlungen gegen ihn dauern an. Am 22. September trafen sich Medschlismitglieder im Haus von Umerov. Danach wurden alle zu Befragungen ins „Zentrum E“ gebracht. Am 7. September wurde **Ali Khamzin**, am 28. September **Ilmi Umerov** und am 30. September wurden weitere sechs Medschlis-Mitglieder zu Geldstrafen verurteilt. Am 29. September entschied auch das Oberste Gericht der Russischen Föderation, dass der Medschlis eine extremistische Organisation sei und verbot seine Aktivitäten.

Am 7. September sprach das Gericht in Rostov am Don die Urteile in dem „Hizbut-Tahrir“-Fall: **Ferat Sajfullaev**, **Rustem Vaitov** und **Jurii Oprimov** müssen fünf Jahre in Haft, **Ruslan Zejtullaev** muss für sieben Jahre ins Gefängnis.

Am 15. September verweigerten die russischen Behörden dem inhaftierten ukrainischen Journalisten Mykola Semena die Erlaubnis, für eine dringend notwendige Operation auf die Festlandukraine auszureisen.

### *International*

Am 2. September hat sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit etlichen Fragen zu **Yevhen Panov** an Russland gewandt. Panov war drei Wochen zuvor auf der Krim wegen angeblicher Planung von Sabotageakten festgenommen worden. Einige Tage darauf erschien ein Video mit einem Bekenntnis. Genaueres über Panovs Zustand war zum Zeitpunkt der Anfrage nicht bekannt. Der Menschenrechtsgericht wollte auch erfahren, aufgrund welcher rechtlichen

Grundlagen Panov festgehalten wird und sie sich die Ermittlungen in seinem Fall entwickeln.

Am 27. September fand in Warschau das OSZE Human Dimension Implementation Meeting statt. Dort wurde auch die Situation der Krimtataren besprochen. **Tamila Taschewa** von der Organisation Krym SOS und **Refat Tschubarow**, der Präsident des Medschlis, informierten die Anwesenden über die anhaltende Verfolgung der Krimtataren.

## Oktober 2016

### Verfolgung auf der Krim

Am 5. Oktober wurde das Haus von **Sulejman Kadyrow** durchsucht, am 11.10. wurde er verhört und am gleichen Tag ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet. Sulejman Kadyrow ist krimtatarischer Aktivist, Menschenrechtler und Mitglied im Medschlis von Feodosija. Ein Kommentar zum Video „New Battalion“ auf Facebook ist der Grund dafür, dass er strafrechtlich verfolgt wird. Ihm drohen bis zu vier Jahren Haft.

Der russische Geheimdienst FSB verhörte am 11. Oktober die vier Mitglieder des Medschlis **Nariman Dzhelalov, Emine Avamileva, Dilaver Akiev und Lenmar Yunusov**. Sie sollten im Fall des stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis Ilmi Umerov aussagen. Sie wurden nach Artikel 20.28 zu Geldstrafen verurteilt, weil sie sich trotz des Medschlis-Verbots versammelt hatten.

*Am 14. Oktober durchsuchten russische Spezialeinheiten die Häuser von **Rustem Ismailov**, der im Stadtteil Kamenka in Simferopol lebt, **Emil Dzhemadinov, Zair Abullaev und Tejmur Abullaev**, die in der Stadt Strogonovka in der Region Simferopol leben. Zwei der Krimtataren wurden ins Büro des Geheimdienstes FSB zu weiteren Verhören mitgenommen, später wurden sie für zwei Monate in Untersuchungshaft genommen.*

### Verfolgung in Russland

Am 18. Oktober hat die renommierte russische Menschenrechtsorganisation Memorial **Natalja Scharina** als politische Gefangene anerkannt. Die Direktorin der Moskauer Bibliothek für ukrainische Literatur ist seit fast einem Jahr unter Hausarrest. Am 28. Oktober 2015 hatten bewaffnete Angehörige der

Spezialeinheit OMON die Bibliothek in Moskau durchsucht und Scharina festgenommen. Nach einer Befragung wurde sie unter Auflagen wieder entlassen. Doch wurde ihr Hausarrest auferlegt. Nun hat der Moskauer Staatsanwalt einen neuerlichen Antrag des Anwalts abgelehnt. Scharina wird wegen „Aufruf zum Hass“ angeklagt. Was Scharina konkret getan haben soll, ist völlig unklar. Es ist bittere Ironie, dass Scharina selbst Russin ist. Sie kann wohl noch nicht einmal Ukrainisch. Sie wurde eingesetzt, weil sie als „zuverlässiger“ galt als die vorhergehende Führung der Bibliothek.

## November 2016

### *Verfolgung auf der Krim*

Am 1. November wurde die Verhandlung im Fall von **Achtem Chijgoz**, einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis, fortgesetzt. Chijgoz' Anwalt, Mykola Polozow, kritisiert, dass nur zwei der fünf Zeugen namentlich bekannt sind. Alexander Krolman und Olexsiy Gaidar wurden bereits am 31. Oktober befragt.

Am 7. November wurde **Nedim Khalilov**, der Koordinator der Organisation „Widerstandsbewegung der Krimtataren“, aus der Krim ausgewiesen, angeblich, weil er das Aufenthaltsrecht verletzt und sich geweigert hatte, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Acht krimtatarischen Ärzten aus dem Krankenhaus in Belogorsk wurde ohne Begründung gekündigt. Sie vermuten, dass die Kündigung mit ihrer Teilnahme an einer Gegendemonstration an die Deportation der Krimtataren 1944 am 18. Mai 2016 zu tun haben könnte.

Am 8. November fand im Obersten Gericht der Krim die Sitzung im Rechtsfall **Nikolaj Polozow** statt. Polozow ist Anwalt und vertritt mehrere politische Häftlinge, so auch den stellvertretenden Leiter des Medschlis, Ilmi Umerow. Polozow soll als Zeuge vernommen werden, das hieße, man würde ihm seinen Status als Anwalt entziehen. Dies sei Strategie des FSB, teilte der Anwalt mit. Das Hauptziel der FSB und der Staatsanwaltschaft sei es, Polozow Angst einzujagen und ihn daran zu hindern, weiter seine wichtige Tätigkeit auch im Sinne des Menschenrechtsschutzes auf der Krim auszuüben.

Am 17. November hat der russische Geheimdienst FSB zwei Wohnungen von Krimtataren durchsucht. Im Bezirk Bachtschissarai war es die Wohnung von Sherif Ganiev, im Dorf Sofievka im Bezirk Simferopol fand die andere Durchsuchung statt.

Am 29. November wollten krimtatarische Musiker, die am Vortrag an dem Konzert „Vatan Sesi“ in Kiew teilgenommen hatten, wieder zurück auf die Krim fahren. Die minderjährigen Kinder durften auch gehen. Doch alle anderen Mitglieder der Hip-Hop-Band wurden zu Gesprächen abgeführt: **Sejran Chalilow, Eskender Tschatalow, Osman Dzhemaljadinow, die Sängerin Reana Tarkowa sowie Aische Absaitowa**, Mutter der minderjährigen Konzertteilnehmerin Adile, wurden verhört. Zusätzlich zu den Künstlern wurde auch Alie Degeremendzhi, Mutter von Mustafa Degeremendzhi, dem politischen Gefangenen im „Fall des 26. Februar“, vom Geheimdienst vernommen.

### ***International***

Am 8. November kündigte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte an, dass sich die Arbeitsgruppe „Erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwindenlassen“ während der 111. Tagung des UN-Menschenrechtsrates in Seoul im Februar 2017 mit dem Schicksal von **Ervin Ibragimow** auseinandersetzen werde. Ibragimow war am Abend des 24. Mai 2016 in Bachtschissarai entführt worden. Die zuständige UN-Arbeitsgruppe hatte am 3. Juni bei der Russischen Föderation wegen Ibragimows nachgefragt.

Ebenfalls am 8. November nahm die Europäische Union die sechs neuen Duma-Abgeordneten von der Krim in ihre Sanktionsliste auf. Die EU-Sanktionen waren gegen Einzelpersonen sowie gegen Gemeinschaften verhängt worden. Offiziell mit Sanktionen belegt werden die sechs Personen vom 9. November an, wenn ihre Namen in den öffentlichen EU-Blättern abgedruckt werden. Dadurch steigt die Gesamtanzahl der Einzelpersonen, die mit Sanktionen belegt wurden, auf 152.

## **Dezember 2016**

### ***Verfolgung auf der Krim***

Am 8. Dezember durchsuchte der russische Geheimdienst FSB vier Stunden lang das Haus von **Wladimir Balucha** im Dorf Serebrjanka. Er wohnt dort zusammen

mit seiner Mutter. Angeblich sollen im Hof 90 Patronen gefunden worden sein. Balucha ist als Pro-Ukraine-Aktivist bekannt. Sein Haus war schon vorher zweimal durchsucht worden.

Nach dem Freitagsgebet am 9. Dezember wurde eine Gruppe Krimtataren, die in der Moschee im Dorf Mamaschaj gebetet hatten, festgenommen. Mitarbeiter des Geheimdienstes waren in die Moschee eingedrungen und hatten die Menschen zum so genannten „Zentrum E“, dem „Zentrum zur Bekämpfung des Extremismus“, mitgenommen. Dort wurden sie erkennungsdienstlich behandelt.

Den internationalen Menschenrechtstag am 10. Dezember nutzen Angehörige der Häftlinge, denen die Mitgliedschaft in der in Russland verbotenen muslimischen Partei Hizbut Tahrir vorgeworfen wird, für einen Appell. Sie machten auf die katastrophalen Haftbedingungen in der Untersuchungshaftanstalt Nummer 1 in Simferopol aufmerksam. Die Anstalt ist auf 817 Häftlinge ausgelegt. Im August 2016 waren dort jedoch 1.519 Personen inhaftiert. Es gibt nicht genug Betten, so dass die Menschen gezwungen sind, in Schichten zu schlafen. Die Räumlichkeiten seien äußerst unhygienisch und es gäbe überall Kakerlaken, auch die medizinische Versorgung sei vollkommen unzureichend.

Am 12. Dezember entschied das zuständige Gericht, dass **Achtem Chijgoz** mindestens bis zum 8. April 2017 in Haft bleiben muss.

*Ebenfalls am 12. Dezember hat der russische Geheimdienst FSB hat die Zeit für Ermittlungen gegen den Krimtataren **Sulejman Kadyrow**, der Mitglied eines regionalen Medschlis ist, bis zum 7.2.2017 verlängert. Die Ermittlungen waren wegen eines Eintrags in den sozialen Medien im Oktober 2016 eingeleitet worden.*

Am 15. Dezember führten Beamte des Geheimdienstes FSB in Simferopol eine Razzia durch. Personen, die „nicht-slawisch“ aussehen, sowie Ukrainer, die ihren ukrainischen Pass behalten haben, wurden überprüft und festgenommen.

Am 16. Dezember fuhren Beamte des Geheimdienstes FSB in der Stadt Sewastopol zur Arbeitsstelle von **Igor Movenko**, schlugen ihn zusammen und brachten ihn weg. Seinen Computer nahmen sie mit. Igor Movenko ist Ukrainer. Seiner Frau wurde nicht erlaubt, ihn zu sehen. Am Telefon sagte Igor ihr nur, dass er geschlagen worden sei, man habe ihm gedroht, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen, wenn er nicht bekennen würde, ein Extremist zu sein. Sein Mobiltelefon wurde ihm abgenommen. Sieben Beamten durchsuchten dann auch seine Wohnung. Dort hingen ukrainische Flaggen. Movenko hatte sich gegen die Annexion der Krim durch Russland gewandt.



### ***Verfolgung in Russland***

Der 12. Dezember ist der „Tag der russischen Verfassung“. 15 Aktivisten nutzten die Gelegenheit, die russische Verfassung vor dem Sitz des russischen Parlamentes vorzulesen. Sie wollten damit ausdrücken, dass das Regelwerk in den vergangenen Jahren immer wieder verletzt wurde. Doch die Polizei löste die Aktion auf. Sie nahm die 15 Personen fest und befragte sie mehr als drei Stunden auf der Polizeiwache. Freunde der Aktivisten wollten Wasser für die Gefangenen bringen, doch die Polizei wies sie ab. Den 15 Teilnehmer droht eine Strafe von bis zu 20.000 Rubel (ca. 310 Euro) oder 40 Stunden Zwangsarbeit, da sie angeblich das Gesetz über öffentliche Veranstaltungen (Teil 5, Artikel 20.2 OWiG) verletzt haben.

### ***International***

Am 19. Dezember verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution mit dem Titel „Situation der Menschenrechte in der autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine)“. Die Ukraine hatte diese Resolution eingebracht. Die Generalversammlung rief damit die Russische Föderation dazu auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die Misshandlung der Bewohner der Krim, besonders diskriminierende Aktionen, willkürliche Verhaftungen, Folter und andere grausame, inhumane und demütigende Behandlung zu stoppen und jede diskriminierende Gesetzgebung zu revidieren. Alle ukrainischen Bürger, die illegal verhaftet und verurteilt wurden, ohne Rücksicht auf die grundlegenden Gerechtigkeitsstandards freizulassen genauso wie diejenigen, die illegal über die Grenze von der Krim in die Russische Föderation gebracht wurden. Zum ersten Mal nannte die UN-Generalversammlung die Krim auch ein durch Russland besetztes Territorium. Zudem setzte sie sich mit der Resolution gegen das Verbot des krimtatarischen Medschlis und für die Öffnung der Halbinsel für internationale Menschenrechtsexperten ein.

Die EU hat am 19. Dezember 2016 die Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate verlängert. Sie richten sich gegen den Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor der russischen Wirtschaft.

Putins Partei „Einiges Russland“ hat am 20. Dezember ein offizielles Dokument zur Kooperation mit der österreichischen Freiheitspartei unterzeichnet. In Österreich stehen 2018 Parlamentswahlen an.

Am 26. Dezember besuchten Valerija Lutkowskaja, Menschenrechtsbeauftragte der Ukraine, und Tatjana Moskalkova, Menschenrechtsbeauftragte der Russischen

Föderation, gemeinsam das Gefängnis in Simferopol. Dort trafen sie auch **Achtem Chijgoz, Ali Asanov und Mustafa Degermenzhi**. Sie nahmen Verhandlungen über die Verlegung von 17 Gefangenen von der Krim in die Ukraine auf, die derzeit in Russland festgehalten werden.

## **7. Quellen**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker dokumentiert die Vorgänge auf der Krim und dort besonders Menschenrechtsverletzungen seit 2014 auf ihrem Blog:

**<https://gfbvberlin.wordpress.com/ukraine-russland-chronik/>**

Auf der Krim ist keine Menschenrechtsorganisation permanent präsent. Informationen werden von Journalisten, Aktivisten, Bloggern, Anwälten und über Familien von Opfern weitergegeben. Die Organisation Krym SOS, die Kharkiv Human Rights Protection Group sowie die „Feldmission Menschenrechte Krim“ veröffentlichen regelmäßig Nachrichten. 2016 publizierte zudem das Europaparlament, der Europarat, auch Amnesty International und Human Rights Watch Berichte, die unter folgenden Links im Internet zu finden sind:

**Kharkiv Human Rights Protection Group:** <http://khpg.org/en/>

**Krym SOS:** [www.krymsos.com](http://www.krymsos.com)

**Human Rights Watch:** Fear and Repression in Crimea:

<https://www.hrw.org/news/2016/03/18/ukraine-fear-repression-crimea>

**Amnesty International:** Crimea in the Dark

<https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/5330/2016/en/>

**Europaparlament:**

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578003/EXPO\\_STU\(2016\)578003\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578003/EXPO_STU(2016)578003_EN.pdf)

**Europarat:**

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=090000168064211f>

**Zur UN Resolution:** <http://www.independent.co.uk/news/world/europe/russia-ukraine-crimea-putin-human-rights-abuses-un-accusations-claims-a7421406.html>